

Stadt Haan

Niederschrift über die

18. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Dienstag, dem 18.02.2025 um 17:02 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:02

Ende:
20:00

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Annette Leonhardt

Vertretung für Stv Mentrop
Vertretung für AM Woike
Vertretung für AM Radtke

SPD-Fraktion

AM Dr. Friederike Dickmans
Stv. Martin Haesen
Stv. Simone Kunkel-Grätz

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Sonja Lütz
AM Dieter Terjung

Vertretung für Stv Lütz, N.

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom
Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

AM Dirk Raabe

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Monika Morwind

Schriftführung

VA Julian Kniess

Behindertenbeauftragte/r

Frau Gabi Bongard

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider

VA Christiane Hüls

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte sowie Stabsstellenleitung Arbeits- und Gesundheitsschutz, Datenschutz und IT-S

VA Nicole Krengel

Verwaltung

StA Michael Runge

Gäste

Frau Brigitte Hallenberg

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:02 Uhr die 18. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Presse sowie Frau Hallenberg - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2./ Vorstellung Schlaganfallhilfe

Protokoll:

Frau Hallenberg führt durch eine Präsentation (Anlage 1) und stellt Flyer der Schlaganfallhilfe Bergisch Land e.V. sowie des Netzwerkes Schlaganfall Landesverband NRW e.V. vor (Anlage 2).

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Herr Sattler lobt zunächst die Gestaltung des diesjährigen Abfall- und Umweltkalenders. Die gesteigerte Auflage reiche dieses Jahr aber ebenfalls nicht aus, daher werde die Auflage im kommenden Jahr erneut gesteigert.

Weiter berichtet **Herr Sattler**, dass der Spendenaufruf für Emilka, an welchem sich der Seniorenbeirat beteilige von Ende Januar bis Ende April verlängert werde. Bisher sei ein Spendenbetrag in Höhe von circa 40.000 € in Haan gesammelt worden.

Aufgrund dessen, dass die City-Toilette am Neuen Markt auf Dauer stehen bleibe und nicht mit dem Bau des Rathauses nach Gruiten gehe, werde das Programm „Nette Toilette“ wieder reaktiviert. In Haan gebe es Teilnehmer, aber in Gruiten sehe es bescheiden aus.

Weiter weist **Herr Sattler** auf die sich weiterhin nach oben verschiebende Alterspyramide hin. In Haan leben aktuell über 12.000 Bürgerinnen und Bürger, welche 60 Jahre oder älter seien und über 3.000 Bürgerinnen und Bürger, welche das Alter von 80 Jahren übersteigen, dies sei eine Steigerung um 70% seit 2010.

Zusätzlich spricht **Herr Sattler** das Problem der Krankenfahrten an. Es gebe öfters Probleme, herauszufinden in welches Krankenhaus Patienten verbracht werden. Kenntnisse über solche Fälle können bei Herrn Dr. Brockmeyer gemeldet werden, da der Seniorenbeirat mit der Kreisleitstelle der Feuerwehr eine Lösung suche.

Herr Sattler spricht erneut die Taschengeldbörse an. In der letzten Sitzung sei behauptet worden, dass die Stadt Solingen nur 3.000,00 Euro für die Taschengeldbörse aufwende. **Herr Sattler** weist aber darauf hin, dass diese 3.000,00 Euro lediglich eine Dienstleistungsvergütung für die dortige AWO sei und weitere Kosten wie der Druck von Flyern etc. über den Etat des Seniorenbüros laufe. Weiter wickeln von städtischer Seite aus vier Hauptamtliche aus verschiedenen Bereichen die Taschengeldbörse Solingen ab.

Beschluss:

Der Sachbericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Seniorengerechte Quartiersentwicklung **Vorlage: 50/055/2025**

Protokoll:

Herr Sattler weist auf die Vorlage und die beigefügten Protokolle des Runden Tisches hin.

Herr Sattler geht auf die Tischvorlagen ein und weist auf die Informationsveranstaltung „Gemeinsam Wohnen in Haan für Alt und Jung“ hin. Die Veranstaltung finde am 10.03.2025 im Forum ab 18:00 Uhr statt. Die Mitglieder des SIGA sind herzlich eingeladen.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Frau Bongard berichtet, dass die Sprechstunden der Behindertenbeauftragten zwar regelmäßig angeboten werden, aber die Veröffentlichung der Termine teils problematisch sei. Denn wenn die Termine nicht veröffentlicht werden, sei kaum Besuch zu verzeichnen.

Weiter berichtet **Frau Bongard** von der Hilfsmittelausstellung im November 2024, welche gering besucht worden sei. Dies sei unter anderem dem schlechten Wetter an dem Tag geschuldet. **Frau Bongard** habe mehr städtische Mitarbeiter erwartet, da viele der gehaltenen Vorträge (z.B. akustische Ampelanlagen) die Stadtentwicklung bezüglich der Barrierefreiheit betroffen haben.

Dennoch sei für das Jahr 2025 eine erneute Ausstellung geplant welche am 07.11.2025 stattfinden solle.

Frau Bongard erläutert die beigefügte Statistik zu Menschen mit Behinderungen.

Außerdem habe die Deutsch Bahn die Behindertenbeauftragten um eine Stellungnahme zur Barrierefreiheit für den Haaner und Gruitener Bahnhof gebeten.

Stv. Lukat teilt mit, dass der zeitliche Rahmen der letzten Hilfsmittelausstellung unglücklich gewesen sei, da viele Personen freitags zwischen 10:00 und 16:00 Uhr

noch mit ihrer Arbeit beschäftigt seien. Außerdem würde **Stv.Lukat** gerne wissen, ob die Informationen der Veranstaltung zukünftig auch in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden können.

Weiter fragt **Stv. Lukat**, ob seitens der Verwaltung bei neuen Ampelanlagen auf die Barrierefreiheit geachtet werde.

Die Antwort hierzu ist im Ratsinformationssystem zu finden (Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 11.03.2025).

Beschluss:

Der Sachbericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Rahmenvereinbarung zur zukunftsfähigen Ausgestaltung der Begegnungsstätten im Kreis Mettmann Vorlage: 50/052/2025

Protokoll:

VA Schneider erläutert die Rahmenvereinbarungen für neue Begegnungsstätten. Die Stadt Haan habe einen höheren Anspruch auf Begegnungsstätten als derzeit vorhanden. In Haan West und Ost sei eine neue Begegnungsstätte unwahrscheinlich, da eine gute Erreichbarkeit zur Begegnungsstätte der AWO in Haan Mitte durch den ÖPNV gegeben sei.

Für Gruitener Bürger_innen sei keine ausreichende Anbindung zur Begegnungsstätte in Haan gegeben, weshalb eine Begegnungsstätte in Gruitzen notwendig sei.

Herr Sattler gibt an, dass die nächste Begegnungsstätte nach Haan müsse. Dafür stehe auch bereits ein Betreiber bereit. Weiter sehe er keine Möglichkeit, die alternativ zum geplanten Bürgerhausareal vorgeschlagenen Örtlichkeiten (Bürgerhaussaal oder TSV Gruitzen Sportheim) als Begegnungsstätte zu nutzen, da sich der Bürgersaal hierfür nicht eigne und das Vereinsheim oft anderweitig genutzt werde und es an einer ÖPNV-Anbindung fehle.

Bgo. Herz erläutert, dass sich das technische Dezernat aufgrund der zwei gescheiterten Investorenverfahren hinsichtlich des Bürgerhausareals einer Überarbeitung des Kriterienkatalogs auseinandersetze und diesen in die politische Diskussion einbringen werde. Es sei klar, dass Gruitzen eine Begegnungsstätte für alle Gruitener Bürger_innen benötige.

Beschluss:

Der SIGA nimmt den Bericht der Verwaltung sowie die Anlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Sozialreport 2024 – Eine erste Bestandsaufnahme der sozialen Lage in der Stadt Haan
Vorlage: 50/057/2025**

Protokoll:

VA Hüls erläutert den ersten Sozialreport.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** fragt unter Bezug auf die Grafik auf Seite 19, ob die Altersgruppen weiter differenziert werden können, da die Altersspanne von 19 bis 66 Jahre nicht sehr aussagekräftig sei.

VA Hüls gibt an, dass die Datengenerierung eine große Herausforderung sei und diese aus verschiedenen Quellen stammen. Dies sei unter anderem der Kurzfristigkeit der Berichterstellung geschuldet, denn das Anfragen der Daten dauere Zeit. Zukünftig seien aber kleinere Altersspannen möglich.

Stv. Lukat erachtet den zweiten Beschlussvorschlag als verfrüht und bat um Änderung. Sie habe im Vorfeld einen Änderungsvorschlag per Mail gesendet. Es sollen zunächst keine Arbeitsgruppen gebildet werden, ehe konkrete Handlungsfelder durch die Fachverwaltung vorgegeben seien.

Weiter sieht **Stv. Lukat** ein Problem mit der Grafik auf Seite 24. Die Kaufkraft der Haaner Bürger_innen hänge mit den Einkommensmillionären zusammen, nicht mit dem allgemein hohen Einkommen der Einwohner_innen.

Stv. Braun-Kohl möchte gerne wissen, weshalb eine Einteilung in diese neun Bezirke vorgenommen wurde, wo zum Beispiel nur ein Prozent der Haaner Bevölkerung im Bezirk Gruiten Nord wohne.

VA Hüls antwortet darauf, dass die Einteilung des Planungsamtes genutzt worden sei. Grundsätzlich werde sonst ein passender Sozialraumzuschnitt entworfen, auf welchen nun aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit verzichtet worden sei.

Stv. Haesen halte die hohe Armutsgefährdungsquote bei Kindern und Jugendlichen für bedenklich. Dies solle gegebenenfalls im JHA besprochen werden.

Stv. Holberg gibt an, dass die Planung für manche Kriterien etwas verzerrt dargestellt seien könne, da verschiedene Einrichtungen wie beispielsweise Seniorenheime

einbezogen werden.

VA Hüls teilt mit, dass der Sozialreport lediglich eine erste Bestandsaufnahme sei und bei dem nächsten Bericht verschiedene Faktoren berücksichtigt werden sollen.

VA Schneider bestätigt, dass es sich um einen ersten Plan handel und je kleinräumiger der Plan werde, desto mehr Auswertungsmöglichkeiten bestehen.

Vorsitzender **Stv. Stracke** würde gerne wissen, in welcher Regelmäßigkeit ein neuer Sozialbericht vorgestellt werde.

VA Hüls gibt dazu an, dass in der Regel alle zwei bis drei Jahre ein neuer Bericht vorgelegt werden könne.

Beschluss:

1. Der SIGA nimmt den ersten Sozialreport 2024 für die Stadt Haan zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Bericht beschriebenen Handlungsfelder im Sinne einer bedarfsorientierten Sozialraumgestaltung in den Fachämtern weiterzuentwickeln und dann dazu den jeweiligen Fachausschuss zu unterrichten und gegebenenfalls notwendige Beschlüsse vorzubereiten.
3. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, den Sozialbericht regelmäßig (alle zwei Jahre) fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

8./ Bericht des Sozial- und Integrationsmanagements (SIM) für das 2. Halbjahr 2024
Vorlage: 50/053/2025

Protokoll:

Bgo. Herz erläutert den Bericht und weist speziell auf das Patenschaftsmodell hin. Dieses helfe den Geflüchteten in verschiedenen Bereichen. Die Geflüchteten haben dann eine Bezugsperson, die Sprachkenntnisse werden gefördert und es helfe dabei, dass die Geflüchteten sich im Umfeld zurechtfinden.

Stv. Leonhardt würde gerne wissen, ob die Auslastung der Kinderärzte weiterhin so hoch sei, dass die medizinische Versorgung schwierig sei. Die Kassenärztliche Vereinigung könnte durch das Protokoll auf die Problematik hingewiesen werden.

Beschluss:

Der SIGA nimmt den Bericht zur Tätigkeit des städtischen Sozial- und Integrationsmanagements für das zweite Halbjahr 2024 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**9./ Konzept für Arbeitsgelegenheiten für Menschen mit Fluchthintergrund in Haan – während des Asylverfahrens bzw. im Anschluss daran im Rahmen einer Duldung
Vorlage: 50/056/2025**

Protokoll:

Bgo. Herz gibt an, dass die gesetzlichen Möglichkeiten ausgelotet und die Arbeitsgelegenheiten (AGH) zunächst auf freiwilliger Basis angeboten werden, da so auf eine intrinsische Motivation der Geflüchteten gesetzt werde. Für die Praxisanleiter_innen sei eine hohe soziale und interkulturelle Kompetenz notwendig. Weiter sollen Geflüchtete während der AGH erste Kontakte im Berufsleben knüpfen sowie die Sprache neben den Sprachkursen anwenden und praxisnah erlernen können.

Stv. Kunkel-Grätz würde gerne wissen, ob bekannt ist, welches Bildungsniveau die Teilnehmer der AGH haben, ob es sich um ungelernte Personen handelt.

Bgo. Herz teilt mit, dass dazu keine vollständigen Daten vorliegen, es aber auch nur um eine erste Eingliederung in den Arbeitsmarkt gehe, welche auf sechs bis zwölf Monate befristet sei.

VA Schneider ergänzt, dass das SIM Personen mit Berufsabschlüssen berate und nur Geflüchtete ohne einen Berufsabschluss für die AGH in Frage kommen.

Stv. Lukat gibt an, dass Routinen für den Alltag wichtig seien und so auch seelische Krankheiten vorgebeugt werden. Der Vorschlag der Verwaltung, dass Toilettenaufsicht an Schulen durchgeführt werde, solle überdacht werden, da es stigmatisierend sei.

Stv. Leonhardt würde gerne wissen, ob Hausmeistertätigkeiten in Asyl-Unterkünften ebenfalls möglich seien und ob bereits Erfahrungen mit Arbeitsangelegenheiten gesammelt worden seien.

Bgo. Herz teilt dazu mit, dass Hausmeistertätigkeiten in Asyl-Unterkünften ebenfalls in Betracht gezogen werden, aber bisher keine Erfahrungen zu verzeichnen seien. Die Arbeit der Toilettenaufsicht werde durch die Verwaltung nicht als stigmatisierend angesehen, da es sich einerseits um eine freiwillige Aufgabe handele und ähnliche

Beschäftigungsverhältnisse andererseits auch auf dem ersten Arbeitsmarkt üblich seien. Vorrangig seien immer die Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt durch die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter sowie die Absolvierung erforderlicher Sprachkurse.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10./ Informationsvorlage Einführung einer Bezahlkarte für Leistungsbezieher nach dem AsylbLG Vorlage: 50/054/2025

Protokoll:

VA Schneider erläutert die Vorlage. Es habe eine Informationsveranstaltung des Landes gegeben, bei welcher viele Fragen zur Bezahlkarte offengeblieben seien, wodurch noch Unklarheiten bestehen. Dennoch soll die Möglichkeit nun genutzt werden, auf die Bezahlkarten umzusteigen. Falls der Bedarf an personellen Ressourcen zu hoch werde, könne man noch im Nachgang von der sog. „Opt-Out-Regelung“ Gebrauch machen, sofern ein entsprechender Ratsbeschluss vorliege.

Stv. Haberpursch würde gerne wissen, wie es sich bei Personen verhalte, welche bereits ein Konto haben und ob eine höhere Abhebung als die vorgeschriebenen 50 Euro möglich seien, wenn durch die Teilnahme an Arbeitsgelegenheiten ein Verdienst entstehe.

VA Schneider gibt dazu an, dass das Konto sodann auf die Bezahlkarte umgeschrieben werde. Mehrbedarfe sollen entsprechend angepasst werden. Problematisch sei lediglich, dass die Bezahlkartennutzer ihre IBAN nicht erfahren sollen, diese aber häufig auf Bescheiden zu sehen seien. Dafür werde eine Lösung erarbeitet.

Vorsitzender **Stv. Stracke** fragt, ob bereits eine Kostenentwicklung abzusehen sei und wie andere Städte im Kreis mit der Einführung der Bezahlkarte umgehen.

Bgo. Herz teilt mit, dass es im Kreis uneinheitlich sei. Einige werden die Opt-Out-Regelung nutzen, andere versuchen sich ebenfalls an der Einführung der Karte. Die Stadt Velbert nutze bereits eine eigeninitiativ eingeführte Bezahlkarte und werde hierzu im Frühling über Erfahrungswerte informieren.

VA Schneider kann keine Kostenprognose nennen, da das Land die Karten sowie

das System zahle, die Kommune aber die Mitarbeitenden stelle und somit den Verwaltungsaufwand übernehme.

Stv. Lukat teilt mit, dass zunächst ein Praxistest durchgeführt werden solle und nach dem ersten Bericht weiter entschieden werden könne.

Stv. Haesen gibt an, dass ein zu hoher bürokratischer Aufwand entstehen könne und fraglich ist, ob dieser Aufwand aktuell durch die Verwaltung geleistet werden könne.

VA Schneider führt an, dass mit der Einführung der Bezahlkarte ein Bundesgesetz durchgeführt werde und der tatsächliche Aufwand unvorhersehbar sei.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

VA Schneider gibt an, dass die schriftliche Anfrage der SPD in den Aufgabenbereich des Kreises falle und der Antrag entsprechend weitergeleitet werde.

Stv. Lukat fragt an, wann es möglich sei, die ausgewählten „Rede-Bänke“ mit der entsprechenden Beschilderung zu versehen.

VA Schneider antwortet darauf, dass dies nun mit Genehmigung und Veröffentlichung des Haushaltes für 2025 möglich sei, zuvor aber noch die vorläufige Haushaltsführung gegolten habe.

12./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgo. Herz teilt mit, dass die FLÜAG-Pauschale rückwirkend zum 01.01.2024 von 875 € auf 1.013 € angehoben worden sei.

Weiter werde eine Ausschreibung für einen Sicherheitsdienst durchgeführt.

Außerdem könne die Integreat App des Kreisintegrationszentrums für Geflüchtete nun genutzt werden, es sollen aber noch Informationen zur Stadt Haan eingepflegt werden.

(Im Original gezeichnet)

Bernd Stracke
(Vorsitzender/-in)

(Im Original gezeichnet)

Julian Kniess
(Schriftführer/-in)